

PRESSEMITTEILUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie nachfolgende Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit unter +49 177 3471510 zur Verfügung.

Klaus Ernst (BSW Bayern) - Bayerische Staatsregierung gefährdet Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze

Angesichts der dramatisch niedrigen Füllstände der bayerischen Gasspeicher warnt der Landesvorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Bayern, Klaus Ernst, eindringlich vor einer sich zuspitzenden Versorgungskrise im Freistaat.

„Die bayerische Staatsregierung gefährdet durch politisches Versagen und ideologische Energiepolitik die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Industrie“, erklärte Ernst.

„Besonders schwer wiegt, dass Bayern selbst die ohnehin zu niedrigen gesetzlichen Mindestfüllvorgaben nicht eingehalten hat. Das ist verantwortungslos.“

Während Bundesregierung und Staatsregierung den Bezug von günstigem russischem Erdgas kategorisch ausschließen, werde gleichzeitig teures und ökologisch hoch problematisches Frackinggas aus den USA importiert.

„Diese energiepolitische Doppelmoral führt zu explodierenden Kosten für Unternehmen und Verbraucher und zerstört Arbeitsplätze sowie wirtschaftliche Existenzien“, so Ernst.

Bayern sei von der aktuellen Gasmangellage besonders betroffen. Fachleute sprechen bereits von einem „System am Rande der Belastungsgrenze“. Ernst warnt: „Zuerst wird die Industrie in Bayern vom Netz genommen, danach geraten auch die Gaskraftwerke in Schwierigkeiten. Das hat massive Folgen für Beschäftigte, Kommunen und die gesamte Wirtschaft.“

Die politische Verantwortung dafür werde jedoch weiterhin verschleiert. „Schon jetzt erleben wir ein Beschwichtigungsnarrativ von Staatsregierung und Bundesregierung – nicht zuletzt mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen am 8. März. Gleichzeitig wird absehbar erneut versucht werden, Russland pauschal für alle Probleme verantwortlich zu machen. Diese Ablenkungsmanöver helfen niemandem.“

Aus Sicht des BSW Bayern wäre eine sachliche Neubewertung der Energiepolitik dringend geboten.

„Die Wiederinbetriebnahme der intakten Nord-Stream-Röhre wäre eine realistische Möglichkeit, die Lage kurzfristig zu entspannen, Preise zu senken und die Versorgungssicherheit zu stabilisieren.

Dass darüber nicht einmal gesprochen werden darf, zeigt, wie sehr Ideologie über Verantwortung gestellt wird“, erklärte Ernst.

Bereits 2022 seien deutsche und ehemals russische Gasspeicher enteignet worden, um stabile Füllstände sicherzustellen.

„Heute sehen wir das Ergebnis: leere Speicher, hohe Preise und eine Politik, die ihre eigenen Ziele verfehlt“, so Ernst abschließend.

„Diese Energiepolitik ist weder sozial noch wirtschaftlich verantwortbar – und sie trifft Bayern in besonderem Maße.“

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Siebicke
Pressesprecher des BSW Bayern